

1

2 **G9, aber richtig!**  
3 **Individuelle Förderung und mehr Chancengleichheit**  
4 **für alle Schüler\*innen in NRW!**

5 NRW befindet sich auf dem Rückweg von der allgemeinen Schulzeitverkürzung am Gymnasium.  
6 Damit zieht die Politik die Lehren aus einem schwierigen und vielfach schmerzhaften Prozess.  
7 CDU und FDP haben den massiven Eingriff und die Verkürzung in der Sekundarstufe I zu  
8 verantworten. Die Umsetzung verlangte Schulen und Schulträgern viel ab. Obwohl nach den  
9 Anstrengungen zunächst die überwiegende Zahl der Schulen und auch Verbände am G8  
10 festhalten wollten, gelang es dann in grüner Regierungsverantwortung trotz aller Bemühungen  
11 zur Schulentwicklung nicht, die Unzufriedenheit bei Eltern, Schüler\*innen und auch Lehrkräften  
12 aufzulösen. Deshalb tragen auch wir GRÜNE den Weg zurück zu G9 im Grundsatz mit. Wir fordern  
13 aber von der Landesregierung, dass sie den Prozess in Verantwortung gegenüber den  
14 kommunalen Schulträgern und im Geiste innovativer Schulentwicklung gestaltet.

15 **Klarheit durch eine Regelung für alle**

16 Wir GRÜNE wollen, dass jedem Schüler und jeder Schülerin eine individuelle und ausreichende  
17 Lernzeit zugutekommt und unterstützen deshalb, dass neben den Gesamtschulen und  
18 Berufskollegs das Abitur nach neun Jahren auch am Gymnasium grundsätzlich wieder möglich  
19 sein soll. In der Umsetzung muss gelten:  
20 Das G9 ist die Grundlage für alle Gymnasien und an jeder Schule können Schüler\*innen durch  
21 individuelle Lernzeiten in der Sekundarstufe I oder auch Sekundarstufe II ihre Schullaufbahn  
22 auch kürzer gestalten.

23 Schwarz-Gelb scheut klare Entscheidungen: Anstatt eine einheitliche Regelung für alle  
24 Gymnasien, wie das Kommunale Spitzenverbände, Lehrer-, Elternverbände und die  
25 Landeschüler\*innen fordern, verschanzt sich die FDP-Schulministerin hinter dem schwarz-  
26 gelben Koalitionsvertrag und lässt das Hin und Her zwischen G9 und G8 bewusst zu.

27 **Konnexität in vollem Umfang**

28 Die Kosten für die Umstellung müssen vollumfänglich vom Land übernommen werden. Doch  
29 auch in der Frage der Konnexität herrscht bei Schwarz-Gelb keine Klarheit. Der gesamte G9-  
30 Prozess könnte bis zu einer Milliarde Euro kosten. Neue Klassen- und Fachräume werden  
31 gebraucht, zum Teil sind neue Schulbauten notwendig. Es ist völlig unklar, wann die Kommunen  
32 wissen werden, was das Land zu zahlen bereit ist. Die Bildungspauschale und die Mittel aus dem  
33 rot-grünen Programm „Gute Schule 2020“ dürfen nicht für die Kosten herangezogen werden, die  
34 aus dem neuen G9-Gesetz erfolgen. Wir erwarten, dass nicht nur die Investitionskosten, sondern  
35 auch konsumtive Kosten übernommen werden. Das bezieht sich auch auf die Kosten des  
36 Planungspersonals, das für die Umbauten benötigt wird. Um die vielfältigen Aufgaben in  
37 Schulneubau, Schulsanierung und digitaler Schulinfrastruktur stemmen zu können, zu denen  
38 jetzt auch noch die zusätzlichen Raumbedarfe im G9-Ausbau hinzukommen, brauchen die

39 Kommunen zusätzliche Unterstützung. Außerdem müssen 2200 neue Lehrerstellen geschaffen  
40 und besetzt werden.

41

42 Es darf keinen Rollback zum „alten G9“ als Halbtagsgymnasium geben. Im Gegenteil: Das G9 als  
43 Ganztagsangebot muss weiter für innovative Schulentwicklung genutzt werden. Die zusätzlichen  
44 Stunden bieten Raum für individuelle Entfaltung, Persönlichkeitsentwicklung und soziales  
45 Lernen. Schule ist Lern- und Lebensraum. Dafür bedarf es zusätzlicher und vielfältiger Räume mit  
46 der entsprechenden Aufenthaltsqualität und attraktive Angebote zur Auflockerung des  
47 Schulalltags.

48 Diese Chancen will die Landesregierung verstreichen lassen: Mit dem G9 als Halbtagschule  
49 versucht sich Schwarz-Gelb auch aus der Konnexitätsverantwortung zu stehlen. Gleichzeitig  
50 dreht die Ministerin der „Bedenken-Second“-Partei fahrlässig die innovative Schulentwicklung  
51 zurück. Auch das Offenhalten der G8-Option droht ein Kostenhintertürchen zu sein.

52 Schulministerin Gebauer macht zudem ein neues Fass auf und kalkuliert, die  
53 Grundschulempfehlungen wieder verbindlich zu machen. Der Zugang zum Gymnasium soll damit  
54 beschränkt werden. Eine solche „staatlich verordnete Hellseherei“ lehnen wir GRÜNE ab! Es geht  
55 der FDP wieder um das stärkere Sortieren von Kindern. Der Leistungsdruck auf Kinder würde  
56 wieder früh in der Grundschule verstärkt werden. Das nehmen wir genauso wenig hin, wie dass  
57 über das Spekulieren von Zugangsbeschränkungen die Konnexität heruntergerechnet wird.

#### 58 **Mehr Chancengleichheit für alle statt Schulformprivilegien**

59 Die GRÜNEN bekennen sich dazu, dass der Ressourcenaufwuchs mit aller Anstrengung  
60 dynamisch fortgesetzt werden muss. Die großen Investitionsbedarfe beim Ausbau zum G9 dürfen  
61 nicht zulasten anderer Schulen und Schulformen gehen. Es darf nicht um eine Privilegierung des  
62 Gymnasiums gehen, sondern um mehr individuelle Förderung und mehr Chancengerechtigkeit  
63 für alle Schüler\*innen.

64 Deshalb darf z.B. die Stärkung der Grundschulen mit besserer Bezahlung der Lehrkräfte wie der  
65 Bereitstellung von Erzieher\*innenstellen und Verwaltungsentlastung genauso wenig hinten  
66 gestellt werden wie der dringend gebotene Sozial- und Inklusionsindex für die Schulen des  
67 gemeinsamen Lernens. Auch die Neubau-, Sanierungs- und Ausstattungsbedarfe aller anderen  
68 Schulen dürfen nicht unter dem G9-Ausbau leiden.

69 Dabei gilt grundsätzlich, dass die Gymnasien mit ihrer Entwicklung zu einem Abitur in neun  
70 Jahren alle Schüler\*innen, die aufgenommen werden, mindestens zu einem ersten  
71 Schulabschluss führen können. Sie können damit besser an der Bildungsaufgabe arbeiten, in  
72 einem umfassenden Inklusionsverständnis der Verschiedenheit von Kindern durch individuelle  
73 Förderung gerecht zu werden – unabhängig von Herkunft, sozialer Lage oder Behinderungen.

74 Jenseits der Debatten um die aktuelle schulpolitische Gesetzgebung brauchen wir einen Diskurs  
75 über die Bildung für das 21. Jahrhundert. Soziale Gerechtigkeit, das demokratische Gemeinwesen,  
76 die Gestaltung der Digitalisierung sind vor allem auch Bildungsfragen. Nicht zuletzt geht es um  
77 Entwicklung eines Bildungswesens, das Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln  
78 befähigt. Die Auswirkungen des eigenen Handelns auf sich, die Gemeinschaft und die Welt zu  
79 verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, gehört in das Zentrum des  
80 Lernens. Deshalb werden wir GRÜNE einen Prozess zu den tiefgreifenden Zukunftsfragen der  
81 Bildung organisieren.